



**Beschlussbuch der
Juso-Unterbezirkskonferenz 2011
Minden am 26.03.2011**

Beschlussbuch – Unterbezirkskonferenz der Jusos Minden-Lübbecke 2011

Arbeitsprogramm „Links. Rot.Feurig.“

- Rechtsextremismus
- Integration & Migration
- Bildung
- Arbeit & Soziales
- Gesundheit & Rente
- Jugendarbeit
- Inklusion
- Mobilität & nachhaltige Wirtschaft
- Bürgerrechte, Datenschutz & Digitale Gesellschaft
- Internationales
- Organisatorische Schwerpunkte

Satzungsänderungen

- Ehrenmitgliedschaften
- Einberufung des UBA

OpenSourc – Eine Chance für die Kommunalverwaltungen

OpenData – Mehr Transparenz & offene Daten in der Kreisverwaltung und Verwaltungen der Gemeinden & Städte des Kreises

Abschaffung des Optionszwangs

Juso-Beisitzer im SPD Unterbezirksvorstand

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



„Links. Rot. Feurig.“

Arbeitsprogramm 2011 – 2013 der Jusos Minden-Lübbecke

Inhaltliche Schwerpunkte:

Rechtsextremismus:

Rechtsextremismus existiert überall, und auch der Mühlenkreis bleibt davon nicht verschont. Der Rechtsextremismus taucht in vielfältigen Formen auf und er ist fast überall zu finden - sowohl auf dem Schulhof, wo sich SchülerInnen abwertend über Menschen anderer Herkunft, anderer Religion oder anderer sexueller Orientierung äußern oder wo Kleidung getragen wird, die in der Nazi-Szene beliebt ist, als auch in unseren Innenstädten. Dort treten Rechte immer offensiver in der Öffentlichkeit auf, so z.B. in Minden am ZOB oder mit „Fascho-Stickern“ in Haddenhausen. Selbst vor Gewalt schrecken die Rechten nicht mehr zurück, wie zuletzt beim Überfall auf den Hamburger Hof Ende 2010.

Es kann nicht sein, dass sich die PolitikerInnen im Umgang mit den Nazis nicht einig werden oder gar die Situation herunterspielen, wohingegen sich die Rechten auch im Mühlenkreis als sogenannte „Autonome Nationalisten“ rekrutieren, formieren und organisieren. Die Politik muss gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus vorgehen.

Denn gerade in ostdeutschen Kommunen zeigt sich, dass die Taktik des Ignorierens nicht aufgeht. Dort wo man sich darauf verständigt hat, die Nazis zu ignorieren, haben die Rechten einen noch größeren Zulauf an „Mitsreitern“.

Dass Hinsehen und aktives Einbringen gegen Rechts der richtige Weg ist, haben die Menschen in Vlotho im Kampf gegen das „Collegium Humanum“ gezeigt. Dort hatte sich ein breites Bündnis aus Bevölkerung und Politik gebildet, das nicht locker ließ, auf die Gefahren des „Collegium Humanum“ aufmerksam zu machen. Mittlerweile wurde das „Collegium Humanum“ durch das Bundesinnenministerium verboten. Allerdings reagierte das Ministerium erst auf Druck der Bevölkerung und der lokalen Politik.

Natürlich wurde in den letzten Jahren in den Schulen und in den Vereinen schon viel getan und auch bürgerschaftlich haben sich die Menschen in Initiativen gegen Rechts organisiert. Dieser Arbeit zollen wir unsere Anerkennung und fordern deshalb eine noch stärkere Unterstützung der Initiativen z.B. des „Aktionsbündnisses Minden gegen Nazis“ durch ein breites „Bündnis gegen Rechts im Mühlenkreis“, welches mit umfangreichen finanziellen Mitteln aus dem „Bundesprogrammen gegen Rechts“ ausgestattet werden soll. Ziel ist es effektive Projekte auf den Weg zu bringen, um

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



die Rechten im Kreis zu bekämpfen und Jugendliche davor zu bewahren in die Fänge von RechtsextremistInnen und ihrem menschenverachtendem Gedankengut zu geraten.

Außerdem muss die Politik den Rechtsextremismus in all seinen Formen und Organisationen mit den verfügbaren rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen und verfolgen. Rechtsextreme Straftaten dürfen nicht verharmlost, sondern müssen konsequent aufgeklärt werden. Wir verlangen eine erneute Prüfung eines NPD-Verbotes. Wer verfassungsfeindlich handelt, hat kein Anrecht auf Wahlkostenerstattung.

Mit Zivilcourage und einer starken Gemeinschaft wollen wir den Nazis zeigen, was wir von ihnen halten: menschenverachtende, gewaltverherrlichende und rassistische Ideologien haben bei uns keinen Platz und dürfen nicht toleriert werden – deshalb keinen Fußbreit den Faschisten!

Integration und Migration:

Mehr als 15 Millionen Menschen in der Bundesrepublik haben einen „Migrationshintergrund“, das heißt sie selbst oder einer ihrer näheren Vorfahren wurde nicht in Deutschland geboren.

Viele dieser Menschen haben die deutsche Staatsangehörigkeit, die meisten leben seit vielen Jahren oder Generationen in diesem Land. Trotzdem sind viele Menschen mit Migrationshintergrund nach wie vor großen Diskriminierungen in nahezu allen Lebenslagen ausgesetzt. Dies fängt beim rechtlichen Status an und endet bei der Nichtvergabe von Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen an Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Hinzu kommt eine verbreitete alltägliche Diskriminierung in der Öffentlichkeit sowie in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion. In der öffentlichen Diskussion hat sich der Schwerpunkt der Debatte nahezu völlig auf die Aufgaben der Menschen mit Migrationshintergrund ("Sie sollen sich integrieren!") verlagert.

Die Versäumnisse der Mehrheitsgesellschaft werden allenfalls im Rahmen eines Gejammers über die Illusionen von „Multikulti“ und das verspätete Anpacken der Thematik angesprochen. Welche Aufgaben die Mehrheitsgesellschaft beim Thema „Integration“ selbst hat, spielt in der Diskussion oft keine Rolle.

Dabei kann eine Beendigung der Diskriminierungen – alltäglicher oder institutioneller Art -, sowie eine wirkliche Gleichstellung in Sachen Bildungs- und Berufschancen eben nur durch Anstrengungen der Mehrheitsgesellschaft erreicht werden. Das hätte dann auch die Aufgabe mancher eigener Privilegien von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft zur Folge.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Angeblich höhere Kriminalität, flächendeckende Diskriminierung der Frau und religiöser Fundamentalismus sind nur einige stets wiederkehrende Klischees in den Medien. Die tatsächliche Vielfalt der Lebensrealitäten und die Erfolgsgeschichten von Menschen mit Migrationshintergrund spielen keine (oder kaum eine) Rolle.

Was wir wollen:

Wir wollen dazu beitragen, bestehende Vorurteile gegenüber AusländerInnen abzubauen, um das beiderseitige Vertrauen aufzubauen und zu stärken. Dazu sollen kreisweit gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt und Treffpunkte zum beiderseitigen Austausch und Kennenlernen geschaffen werden.

Diese Treffpunkte sollen durch StreetworkerInnen ergänzt werden, die sich um Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Problemsituation kümmern. Auch sollen Jugendliche mit Migrationshintergrund gezielt zu StreetworkerInnen ausgebildet werden, da diese eher akzeptiert werden und die „gleiche Sprache“ sprechen wie die Jugendlichen.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen zu einer gelungenen Integration ist die Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift. Sie ist der entscheidende Schlüssel zu guter Bildung und Ausbildung sowie zu einem erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben und um damit einen besseren sozialen Stand in der Gesellschaft zu erreichen.

Wir wollen eng mit Verbänden und Institutionen, die die Interessen der Migrantinnen und Migranten vertreten, sowie mit Institutionen, die sich im Bereich der Integration und der Sprachförderung engagieren, zusammenarbeiten, um mit ihnen und den Kommunen eine erfolgreiche Sprachförderung an den Schulen zu schaffen.

Aber nicht nur die Sprachförderung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist für eine erfolgreiche Integration wichtig, sondern auch die Sprachförderung im Rahmen der „nachholenden Integration“. Mit der „nachholenden Integration“ meinen wir die Integration derjenigen, die schon länger in der Bundesrepublik leben, aber aufgrund der Versäumnisse der Politik in den letzten Jahrzehnten nicht ausreichend integriert wurden.

Eine besondere Bedeutung dieser nachholenden Integration kommt hier der Volkshochschule vor Ort zu. Sie bietet nicht nur Sprach- und Integrationskurse an, sondern kann etwa mit Alphabetisierungskursen oder „Kursen für Migranten im Umgang mit Behörden und Institutionen“ zielgruppenspezifisch arbeiten. Dieses erfordert natürlich die Ausstattung mit ausreichend Finanzmittel und geeigneten Lehrpersonal.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Weitere sinnvolle Einrichtungen, die wichtige nachholende Integration leisten, sind Wohlfahrtsverbände, interkulturelle Vereine und Begegnungsstätten. Diese sind verstärkt zu fördern.

Es muss auch ein regelmäßiger Austausch zwischen der Politik und den lokalen Interessengruppen stattfinden. Deshalb soll ein lokales Integrationsbündnis Minden-Lübbecke gegründet werden, in dem die Politik und Interessenvertreter, Institutionen aus der Integrationsarbeit und Ausländerbeiräte sich austauschen und Integrationsprojekte erarbeiten und begleiten.

Denn eine erfolgreiche Integrationspolitik kann nur gemeinsam gelingen – Mit den Menschen für die Menschen.

Bildung

Der wichtigste Schritt zu einer gerechten Gesellschaft ist ein gerechtes Bildungssystem. Nur wenn alle Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, die gleichen Chancen auf beste Bildung erhalten, wird die Bundesrepublik ihrem im Grundgesetz gegebenen Anspruch eines sozialen Staates gerecht. Bildung ist keine Elitenförderung, sondern ein Grundrecht. Allerdings steht es schlecht um die deutsche Bildung.

Das dreigliedrige Schulsystem ist gescheitert. Noch immer ist die soziale Herkunft entscheidend für den schulischen Werdegang der Kinder.

Deshalb wollen wir:

Die Schaffung von Gemeinschaftsschulen, die gemeinsames Lernen ermöglichen anstatt zu separieren bei einer Klassengröße von maximal 20 Schülerinnen und Schülern.

Dieses Ziel zu erreichen wünscht sich auch mehr und mehr die Stadt Petershagen, welche eine Gemeinschaftsschule anstrebt:

Zudem soll der mit der Schulpolitik beauftragte Teil der Kommunalverwaltung in die Schulen eingegliedert werden, um das Lehrpersonal bei Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Des Weiteren fordern wir, dass mehr SozialarbeiterInnen an den Schulen eingesetzt werden

Die Eltern setzen sich für ein "gemeinsames Lernen in Petershagen" ein. Angestrebt wurde dabei bisher eine Gesamtschule, in der alle Schulabschlüsse zu erreichen sind und das Abitur erst in der 13. Jahrgangsstufe ansteht.

In den beiden vergangenen Jahren wurden immer mehr Schüler in der Gesamtschule außerhalb der Stadt angemeldet. Bei gleichzeitig drastisch sinkender Schülerzahl

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



wirkt sich dieser Trend zunehmend auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium in der Stadt Petershagen aus.

Nach dem Wechsel in der Landesregierung wird die Gemeinschaftsschule in NRW angestrebt. Dies soll über Schulmodelle ermöglicht werden, die das Schulgesetz zulässt. Eine Änderung des Schulgesetzes ist mit der NRWCDU derzeit nicht möglich, die weiterhin am dreigliedrigen Schulsystem festhält.

Im Rahmen der Landesvorgaben wäre eine Gemeinschaftsschule in Petershagen möglich, diese muss von der Stadt jedoch beantragt werden. Aus Haupt- und Realschule ließe sich eine Gemeinschaftsschule bis zur 10. Jahrgangsstufe bilden, Die gymnasiale Oberstufe mit den Jahrgangsstufen 11 bis 13 könnte am bestehenden Gymnasium neben dem bestehenden Abitur nach zwölf Jahren eingerichtet werden.

Die Gemeinschaftsschule soll ein wohnortnahes, umfassendes Schulangebot ermöglichen und alle weiterführenden Bildungsangebote unter Einfluss gymnasialer Standards bieten. Die Landesregierung will diese neue Schulform im Rahmen sogenannter Modellversuche testen.

Wir werden die SchülerInnen und Eltern aus Petershagen bei ihren Bestrebungen für eine Gemeinschaftsschule unterstützen.

Was wir tun können:

Obwohl wir seit dem letzten Jahr die Jugendorganisation der Regierungspartei in NRW sind, werden wir (weiter) für bessere Bildung auf die Straße gehen. 2008 haben wir das "Bündnis für gerechte Bildung" in Minden mitbegründet. Wenn der nächste Bildungstreik ansteht, werden auch die Jusos aus Minden-Lübbecke auf der Straße für eine bessere Bildung kämpfen. Gute Erfahrungen haben wir durch den Austausch mit der Bezirksschülervertretung gemacht. Diesen Kontakt wollen wir uns erhalten.

Die schulisch-pädagogische Sicht:

Die Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer beschränkt sich nicht auf Wissensvermittlung und Vorbereitung auf den Beruf. 1966 äußerte sich der Soziologe und Philosoph Theodor Adorno in einem Rundfunkbeitrag zur Erziehung: "Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, dass ich weder glaube, sie begründen zu müssen, noch zu sollen. [...] Die einzig wahrhafte Kraft gegen das Prinzip von Auschwitz wäre Autonomie, wenn ich den kantischen Ausdruck verwenden darf; die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-mit-machen".

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



In der heutigen Bildung scheint dieses Grundziel, Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgern, die in der Lage zum Nein-sagen sind zu erziehen, im Vergleich zu dem Ziel, junge Menschen für die Wirtschaft auszubilden, in den Hintergrund geraten zu sein.

Arbeit & Soziales

Wir wollen uns in der Zukunft mehr mit Gewerkschaftsarbeit beschäftigen, um gemeinsame Ziele zu verfolgen und durchzusetzen. Wir wollen für faire Löhne kämpfen, dafür braucht Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn. In einigen Bereichen gibt es zwar bereits Mindestlöhne, allerdings ist dieses für uns Jusos noch zu wenig. Wer einen Fulltime-Job ausübt, muss davon auch leben können. Es kann nicht sein, dass der Staat immer mehr ArbeitnehmerInnen die Löhne aufstocken muss. Für viele ArbeitnehmerInnen sinkt dadurch das Selbstbewusstsein und es entsteht der Glaube, dass man ohne den Staat nicht mehr leben kann. Hinzu kommt, dass viele Menschen im Rentenalter auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Das ist für uns nicht die Lösung für ein menschenwürdiges Leben.

Für uns Jusos steht besonders die Schaffung von Perspektiven für Jugendliche im Vordergrund. Diese schafft man nicht durch prekäre Arbeitsplätze und durch Dauerpraktika, sondern durch ausreichende Ausbildungsangebote, in denen die Qualität der Ausbildung durch die richtige Anwendung und Ausübung des Ausbildungsrahmenplans das Fundament für die spätere Berufsausbildung bietet.

Hierbei kommt es auch darauf an, Berufe für Jugendliche wieder attraktiver zu gestalten - sie müssen das Gefühl haben, dass sie durch eine gute Ausbildung eine sichere Zukunft aufbauen können. Einige Ausbildungsberufe sind dadurch in schlechtes Licht gerückt, da sie unzureichend vergütet werden und zu viele ausbildungsfremde Tätigkeiten ausgeübt oder zu viele Überstunden geleistet werden müssen.

In vielen Bereichen müssen Verbesserungen stattfinden, damit diese Ausbildungsberufe wieder vermehrt von Jugendlichen gewählt werden. Verbesserungen muss es neben der Ausbildung im Betrieb auch in der Berufsschule geben. Deshalb müssen die betrieblichen und schulischen Ausbildungspläne überarbeitet werden.

Die bisherige Begleitung der Ausbildung durch die Industrie- und Handelskammern, sowie durch die Handwerkskammern hat nicht die notwendige Qualität. Oft stehen Auszubildende bei Problemen während der Ausbildung im Betrieb alleine da. Die Kammern führen die Prüfungen durch und nehmen die Registrierung der Ausbildungsverträge vor, halten sich bei Problemen der Auszubildenden aber in der Regel heraus. Deshalb muss auch das Kammernsystem im Bereich der "Ausbildung" überarbeitet werden, dabei sollte z.B. ein unabhängiges Controlling-System in Betracht

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



gezogen werden, bei dem alle Ausbildungspartner (JAV'n, Gewerkschaften, Arbeitgeber und Berufsschule) einbezogen werden.

Die Gewerkschaften als Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen sind hierbei wichtige Ansprechpartner. Die Gräben, die insbesondere während der Zeit der Agenda 2010 zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufgebrochen sind, wollen wir überwinden und zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zurückfinden. Gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen sowie die Unterstützung von Streikenden werden ein wichtiger Teil unserer Juso-Arbeit in den nächsten Jahren sein. Zusammen mit den Jugendgewerkschaftsgruppen wollen wir einen Jugendgewerkschaftsrat gründen, der sich speziell mit den Wünschen und Problemen der Auszubildenden und jungen ArbeitnehmerInnen beschäftigen soll, um gemeinsame Problemlösungen zu finden.

Wir Jusos werden die Entwicklungen beim Thema Ausbildung kritisch begleiten und auf Fehlentwicklungen aufmerksam machen.

Gesundheit & Rente

Die Jusos Minden-Lübbecke setzen sich für die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung im Gesundheitsbereich nach folgenden Kriterien ein:

Die Bürgerversicherung soll für alle hier lebenden Menschen gesetzlich verpflichtend sein, neben Beschäftigten sollen auch Beamte, Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Landtage in der Bürgerversicherung versichert sein. Auch Freiberufler und Selbstständige sollen in die Bürgerversicherung einbezogen werden.

Finanziert werden soll die Bürgerversicherung paritätisch durch die Beiträge und Lohnersatzleistungen der Beschäftigten/Beamten/Abgeordneten sowie weiterhin unter Einbeziehung von Einkommen aus Kapitalzins, Miete und Unternehmenswertschöpfung, sowie Einnahmen aus selbstständiger/freiberuflicher Tätigkeit

Die Bürgerversicherung muss umfassend bedarfsdeckend und individuell kostenfrei sein.

Die Bürgerversicherung soll Altersrückstellungen bilden, wie sie bislang nur bei der Privaten Krankenversicherung gibt.

Die Privaten Krankenversicherungen sollen unter dem Dach der "Deutschen Krankenversicherung" mit den Gesetzlichen Krankenversicherungen zusammengefasst werden. Ein weiteres Bestehen der Privaten Krankenversicherung neben der Bürgerversicherung würde die aktuelle Situation der Klassenmedizin nur festigen.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Auch beim Thema Rente muss es eine Strukturreform geben: Wir wollen auch hier eine Bürgerversicherung einführen, die alle Einnahmenarten und Berufsgruppen, sowie Selbstständige/Freiberufler erfasst, ähnlich der Bürgerversicherung im Gesundheitsbereich.

Die Bürgerversicherung würde die erste Säule der Rentenversicherung bilden, die, wie bisher, durch die Säulen "Betriebsrente" und "Private Rentenversicherung/Riester/Rürup-Rente" ergänzt werden soll.

Die Jusos Minden-Lübbecke werden sich mit entsprechenden Anträgen an die Parteigremien in die Diskussion um die Zukunft des Gesundheits- und Rentensystems einbringen.

Jugendarbeit

Kindern und Jugendlichen soll in Städten und Gemeinden des Kreises Minden-Lübbecke ein umfassendes Angebot geboten werden. Die vorhandenen Angebote sollen gesichert und weiterentwickelt werden. Dazu gehört auch die Wartung und Pflege der Kinderspielplätze wie die inhaltliche Ausrichtung der Angebote in Jugendzentren.

Mit einer starken Jugendpolitik wollen wir den besonderen Bedürfnissen von Jugendlichen Rechnung tragen. Dabei spielt die Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen eine entscheidende Rolle. Deshalb werden wir die Beteiligung der Kinder- und Jugendparlamente in den Städten und Gemeinden des Kreises Minden-Lübbecke ausbauen und ihre Arbeit auch weiterhin unterstützen und fördern.

Aber Jugendarbeit findet nicht nur im Jugendzentrum statt. Der Ansatz der „aufsuchenden Jugendarbeit“ durch Streetworker erreicht viele Jugendliche und muss ein Schwerpunkt zukünftiger Arbeit sein. In einigen Städten werden bereits gute Erfahrungen mit der „mobilen Jugendarbeit“ gemacht, so z.B. in Bad Oeynhausen.

Wir Jusos wollen, dass Jugendliche auch außerhalb der Jugendclubs und deren Öffnungszeiten die Möglichkeit erhalten, mit den Jugendarbeitern bei einer Tasse Kaffee im „Jugendmobil“ ins Gespräch zu kommen oder einfach am Kickertisch zu spielen. Wir werden uns für die Einrichtung der „mobilen Jugendarbeit“, als Ergänzung zur Jugendarbeit vor Ort, im gesamten Kreisgebiet einsetzen.

Gemeinsam mit Vereinen wollen wir Bewegungs- und Freiräume schaffen und nutzen, zum Beispiel für Trendsportarten. Ob Wälder, Flüsse oder Brachflächen, der Phantasie sind da kaum Grenzen gesetzt. Wir werden flexibel auf neue Sportformen und Trends reagieren, ob im Verein oder individuell. Es gilt die Interessen von Umwelt und Nachbarschaft mit denen der sporttreibenden Walker, Jogger oder Biker zu vereinen. Dem werden wir uns stellen.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Der Sport ist ein wichtiger Teil unserer Kultur. Er dient der Gesundheit, vermittelt Toleranz und Fairness, verbindet Menschen und hilft soziale Gegensätze zu überwinden. Der Kreis Minden-Lübbecke ist auch ein Kreis des Breitensports. Viele Minden-Lübbecker sind in Sportvereinen aktiv – von Kindesbeinen an bis ins hohe Alter. Das gilt es zu erhalten und weiter zu fördern.

Inklusion

Inklusion ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein gesellschaftliches Thema. Es geht um das Leben in heterogenen Gruppen, um die Frage: Wie wollen wir mit Menschen umgehen, die anders sind?

Zunächst einmal ist es wichtig, dass Menschen nicht nach der alltäglichen „Zwei-Gruppen-Theorie“, Deutsche und Ausländer, Männer und Frauen, Menschen mit und ohne Behinderung, Homosexuelle und Heterosexuelle, Reiche und Arme etc., gesehen werden, sondern jede Person in ihrer Einmaligkeit anerkannt wird.

Am 13. Dezember 2006 wurde in New York die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verabschiedet. In Deutschland gibt es in vielen Bereichen Nachholbedarf. Allerdings lässt sich nur wenig politischer Wille dazu erkennen.

Nach der UN-Konvention müssen Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen an dem gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Das bedeutet aber nicht automatisch die Abschaffung aller Förderschulen oder Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM), sondern gibt Menschen mit Behinderungen das Recht auf Regelschulen zu gehen oder Berufe auf dem ersten Arbeitsmarkt auszuüben.

Wir wollen im nächsten Jahr ein Seminar veranstalten, um uns über Inklusion zu informieren und Ideen zur Umsetzung zu entwickeln.

Mobilität und nachhaltige Wirtschaft

Öffentlicher Nahverkehr

Der öffentliche Nahverkehr stellt eine wichtige Grundlage für die gesellschaftliche Teilhabe insbesondere Jugendlicher dar. Ohne eigenen Führerschein ständen neben Bus und Bahn nur noch das Fahrrad oder Fahrgemeinschaften zur Verfügung, um ins Kino oder die Diskothek zu fahren. Insbesondere in ländlichen Regionen wie dem Mühlenkreis sind viele Jugendliche ohne eigenes Auto aufgeschmissen. Zu diesen direkten Vorteilen für die persönliche Lebensgestaltung kommen natürlich die CO₂-Einsparungen hinzu, die bei einem gut ausgelasteten Nahverkehr zu verzeichnen sind.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Wir Jusos fordern daher einen bedarfsorientierten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs im Kreis Minden-Lübbecke. Hierzu soll zunächst untersucht werden, wovon die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs abhängt: Kurze Wartezeiten auf den Bus, günstige Fahrpreise und ein kurzer Weg zur nächsten Haltestelle sind nur ein paar Punkte auf die geachtet werden muss. An diesen und weiteren Faktoren muss sich der Ausbau von Busnetzen orientieren. Dazu können bestehende Busstrecken erweitert und modifiziert werden oder komplett neue, ergänzende Linien aufgebaut werden.

Ein gutes Beispiel für funktionierenden Nahverkehr ist der Bürgerbus in Hille, der vor ungefähr zwei Jahren mit breiter Unterstützung vor Ort aufgebaut werden konnte.

Neben dem öffentlichen Nahverkehr im Allgemeinen ist die Umsetzung von Nachtbuslinien von besonderer Bedeutung für Jugendliche. Gerade solche Buslinien können bei guter Umsetzung einen unkomplizierten Besuch von Kino oder Disko ermöglichen. Die bisher eingeführten Linien waren jedoch nicht ausgegoren und wir fordern die Verkehrsunternehmen auf, optimierte Bedarfserhebungen durchzuführen und diese in den Nachtbuskonzepten umzusetzen.

Energie der Zukunft

In Zeiten des Klimawandels genießt der Ausbau regenerativer Energien eine besonders wichtige Rolle. Zusätzlich darf natürlich auch das Potential dieser Branche, sichere Arbeitsplätze zu schaffen, in der Diskussion um die Energie der Zukunft nicht vergessen werden. Wir möchten untersuchen welche Möglichkeiten sich speziell in unserer Region bieten, zukunftsfähige, grüne Energie zu produzieren.

Ein Arbeitsschwerpunkt liegt in der Information über Biogasanlagen, die einerseits CO₂-freien Strom erzeugen können, die andererseits Energiepflanzen benötigen, die zu Monokulturen und einem starken Preisanstieg der übrigen Agrarprodukte führen können.

Für uns ist selbstverständlich, dass eine nachhaltige Energieversorgung nur mit kommunalen Betrieben, die nicht auf eine Maximierung des Profits angewiesen sind, möglich sein wird. Eine Rekommunalisierung der Stadtwerke muss ein wichtiges Ziel der Kommunalpolitik sein, um die öffentliche Daseinsvorsorge wieder in die Hände der Bürgerinnen und Bürger zu geben. Nur so können erneuerbare Energien schnell ausgebaut und antiquierte Energiequellen, wie Atomkraftwerke, abgeschaltet werden. Gerade Atomkraftwerke stellen eine unbeherrschbare Risikotechnologie dar, die in hohem Maße Menschenleben gefährden kann. Neben der ungelösten Endlagerfrage stellt die Unkontrollierbarkeit einen wichtigen Grund für das Abschalten der Kernkraft dar.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Weitere Themen:

Wir fordern ein Verbot des Anbaus genmanipulierter Pflanzen, um auch in Zukunft sichere Nahrungsmittel erzeugen zu können, die keine Gesundheitsschäden verursachen. Lebensmittelskandale hatten wir in der letzten Zeit schließlich genug.

Außerdem möchten wir Jusos den Ausbau des Regioports kritisch begleiten. Selbst für viele Entscheidungsträger noch nicht sicher ist, ob dieser Hafen einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung darstellt oder ein Millionengrab ist.

Speziell beim Thema „Umweltpolitik“ wollen wir enger mit den lokalen und regionalen Gruppen zusammenarbeiten, um das Thema „Klimawandel“, „Alternative Energien“ und „Lokale Umweltagenda“ in den Fokus der Lokalpolitik zu bringen.

Die Jusos Minden-Lübbecke bringen sich weiter in die Arbeit des Anti-Atombündnisses Minden-Lübbecke ein.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten vertreten mit Nachdruck die Auffassung, dass alle Menschen zu öffentlichen Gütern gleiche Zugangschancen haben müssen, um überhaupt erst ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Deshalb hat der Staat die Aufgabe für gleichwertige Lebensverhältnisse der Menschen zu sorgen. Des Weiteren wird durch öffentliche Daseinsvorsorge auch öffentliche Kontrolle von Gütern und Dienstleistungen gesichert, da die öffentlichen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sich letztendlich vor dem demokratischen Souverän, den Wählerinnen und Wählern, zu verantworten haben.

1. Kernaufgaben der öffentlichen Hand

Für uns Jusos sind die Bahn, der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), die Post, die Strom-, Gas- und Wasserversorgung, Bildung und Kultur, die Sparkassen sowie städtische Wohnungsbaugesellschaften Kernaufgaben der öffentlichen Hand und dürfen nicht verkauft werden, weil sich private Anbieter nicht am Wohl der Menschen, sondern an Profiten orientieren. Durch öffentliche Daseinsvorsorge ist es möglich, politische Prozesse zu gestalten sowie die Wirtschaft zum Prinzip der Nachhaltigkeit zu verpflichten. Gerade Nachhaltigkeit spielt in einem Markt, der auf kurzfristige Renditen aus ist, keine Rolle.

Wir Jusos sehen im Gegensatz zu den Neoliberalen Staat und Markt keinesfalls als Gegensätze, sondern als Partner, weil die staatliche Steuerung in wirtschaftliche Prozesse eingreift und auch von diesen beeinflusst wird. Neoliberales Gedankengut verfällt hingegen der Devise „Privat vor Staat“ und möchte der Wirtschaft freie Hand lassen. Diese Ansicht bringt das neoliberale Zitat „Der Markt reguliert sich

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



selber!“ treffend zum Ausdruck. Wir Jusos hingegen sind der Überzeugung, dass sich nur Reiche einen schwachen Staat (den „Nachtwächterstaat“) leisten können.

2. Der große Ausverkauf- Die Lügen der Privatisierung

Seit Mitte der achtziger Jahre wurde öffentliches Eigentum in der Bundesrepublik massiv privatisiert, wodurch der Staat massiv ausgehöhlt und öffentliche Kontrolle aufgegeben wurde. Hinter den Verkäufen stand der Irrglaube, private Anbieter seien günstiger und wirtschaftlicher. Durch die erzielten Erlöse floss kurzfristig Geld in die klammen Kassen der öffentlichen Hand. Langfristig betrachtet verlor die öffentliche Hand jedoch Gestaltungsspielraum, da auch öffentliche Einnahmen wegbrachen. Während auf kommunaler Ebene kommunale Krankenhäuser, der ÖNPV, die Müllentsorgung, kommunale Kulturprojekte, die Wasserversorgung sowie der soziale Wohnungsbau privatisiert wurden, wurden auf Bundesebene unter anderem die Bundesdruckerei, die Deutsche Außenhandelsbank, die Deutsche Wohnungsbaugesellschaft sowie die Teile der ehemaligen Bundesbahn verkauft. Die Formen der Privatisierung waren hingegen vielfältig und sollen hier nicht weiter differenziert werden.

Seit Kurzem setzt sich jedoch die Erkenntnis immer mehr durch, dass die erzielten Verkaufserlöse nur kurzfristig die öffentlichen Kassen füllen, dass der Markt nicht automatisch bessere, günstigere und bürgerfreundlichere Dienstleistungen anbietet, durch die Privatisierung aber politischer Handlungsspielraum aufgegeben wurde. Vor Ort kam es vielfach zu einer „Rosinenpickerei“, da sich private Anbieter nur auf gewinnbringende Projekte konzentriert haben, die Dienstleistungen jedoch, die für die Lebensqualität vor Ort entscheidend sind, ohne wirtschaftlich rentabel zu sein, aufgegeben wurden. Dies zeigt sich exemplarisch am öffentlichen Personennahverkehr, weil hier zahlreiche Angebote weggefallen sind.

Des Weiteren erwies sich das neoliberale Versprechen, Privatisierungen würden mehr Wettbewerb bringen und dadurch die Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher senken, als falsch. Dies zeigt sich am Beispiel des Strommarktes, der faktisch bundesweit aus vier großen Konzernen besteht, die jeweils einen Teil Deutschlands versorgen und sich preislich absprechen.

3. Öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierungen

Wir Jusos setzen auf das Prinzip der öffentlichen Daseinsvorsorge, die sich an folgenden Kriterien orientiert: Ein gleichberechtigter, diskriminierungsfreier Zugang zu öffentlichen Gütern muss gewährleistet sein. Außerdem müssen dauerhafte, flächendeckende und preislich erschwingliche Güter und Dienstleistungen seitens der öffentlichen Hand angeboten werden. Darüber hinaus müssen die demokratische Kontrolle und öffentliche Verantwortung gegeben sein.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Unter den Bereich öffentlicher Daseinsvorsorge fallen die Bereiche, in denen wir das Marktversagen beheben müssen. Des Weiteren kann durch öffentliche Angebote und Dienstleistungen der kapitalistischen Verwerfungslogik teilweise entgegen gewirkt werden.

Die Kommunen müssen wieder in die Lage versetzt werden, ihren öffentlichen Aufgaben nachkommen zu können. Deswegen sprechen wir Jusos uns mit Nachdruck für die Rekommunalisierung aus. Das von Seiten der Wirtschaft und des bürgerlichen Lagers favorisierte PPP (public-private partnership) lehnen wir ab, da es nicht mehr demokratischer Kontrolle unterliegt und den Ausverkauf öffentlicher Güter und Dienstleistungen einleitet.

Bürgerrechte und Datenschutz

Seit den Terroranschlägen vom 11.09.2001 wurden im Namen der Terrorismusbekämpfung zahlreiche Maßnahmen beschlossen, die mehr und mehr die Freiheitsrechte ausgehöhlt haben. Ob Vorratsdatenspeicherung, Novellierung des BKA-Gesetzes oder die Ausweitung des internationalen Datenaustausches - stets wurden in der Vergangenheit so genannte Präventionsmaßnahmen beschlossen, die unter dem Deckmantel der Terrorabwehr die Freiheiten der BürgerInnen immer mehr eingeschränkt haben.

Insbesondere Einschränkungen des Datenschutzes wurden und werden dabei regelmäßig mit dem Totschlagargument gerechtfertigt, dass der nichts zu befürchten hat, wer nichts zu verbergen habe. Die Gefahr, dass staatliche Überwachungsmaßnahmen früher oder später auch zu unlauteren Zwecken genutzt werden, wenn sie erst einmal technisch möglich und prinzipiell legal sind, wird dabei oft übersehen bzw. bewusst ausgeblendet.

So berechtigt die Forderung nach Sicherheit auch im Grundsatz ist, muss die Diskussion darüber sachlich und nachhaltig geführt werden, anstatt mit Terrorwarnungen die Angst im Land zu schüren und den BürgerInnen mit Aushöhlung von Bürgerrechten und Ausbau des Überwachungsapparats eine Scheinsicherheit vorzugaukeln.

Bei dieser Diskussion muss die zentrale Fragestellung sein, wie man die Entfaltung der Bürgerrechte nachhaltig sicherstellen und gleichzeitig die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wahren kann.

Wir Jusos Minden-Lübbecke fordern die Rücknahme der Online-Durchsuchung, das Verbot von Videoüberwachung des Wohnraums sowie von Abhörmaßnahmen gegen unbeteiligte Dritte. Auch fordern wir ein Verbot der Vorratsdatenspeicherung, in jeglicher Form, denn die Realität hat gezeigt, dass die Vorratsdatenspeicherung nicht zu Aufklärung von Straftaten beigetragen hat.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Die digitale Gesellschaft

Netzpolitik

Netzpolitik bedeutet für uns die Auseinandersetzung mit einer grundsätzlichen Veränderung unserer Gesellschaft. Wir sehen diese als chancenreich und positiv an, ignorieren dabei aber auch nicht Risiken. In der Netzpolitik ist Solidarität ein wichtiger Wert. Dies bedeutet, möglichst gleichberechtigten Zugang zu den neuen Kommunikationsformen zu ermöglichen, damit alle Menschen ihre Potentiale nutzen können. Gesellschaftliche Ungleichheiten bestehen auch hier weiter. Wir müssen die digitale Spaltung unserer Gesellschaft überwinden – sowohl in technischer Hinsicht als auch hinsichtlich von Medienkompetenz.

Daneben ist die Freiheit ein bedeutendes Gut. Das heißt Freiheit von Zensur, von Datensammelwut, von Datenmissbrauch, jedoch nicht Freiheit von rechtsstaatlichen Regeln, ganz sicher aber Freiheit vor der naiven Annahme, man könne bestehende Regeln eins-zu-eins übertragen. Wir wollen die freiheitliche und emanzipatorische Dimension einer digitalen Gesellschaft fördern. Neue Wege der politischen Beteiligung, den Abbau von Hierarchien, die Möglichkeit eines Mehr an Demokratie wollen wir fördern und noch stärker in unserer eigenen politische Arbeit nutzen.

Unser Ziel ist klar: Wir treten für eine solidarische digitale Gesellschaft ein, die auf Emanzipation, Teilhabe, Freiheit und Solidarität setzt.

Freier Zugang zum Internet und Netzneutralität

Ein Zugang zum Internet wird in der Gesellschaft vorausgesetzt. Ob Jobangebote, die Erledigung der Schulaufgaben oder die Jagd auf Schnäppchen: ohne Web geht nicht mehr viel. Ein Breitbandzugang ist jedoch keinesfalls flächendeckend gewährleistet, permanenter Zugang zum Internet an jedem Ort („online everywhere“ bzw. „always online“) ist für viele Menschen momentan noch Utopie.

Der Zugang zu Informationen muss ein Grundrecht ohne Wenn und Aber werden. Wir fordern, dass jeder Mensch in Deutschland Zugang zum Internet erhalten muss. Gleichzeitig stellen wir fest, dass das Kommunikationsnetz in der Hand weniger großer Unternehmen ist. Diese betreiben das Netz und den Netzausbau nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Ländliche Gebiete, in denen Breitbandzugang für die Haushalte nur schwerlich die Investitionskosten deckt, geraten zusehends ins Hintertreffen und die „digitale Kluft“ verbreitert sich. Der Staat soll den Netzausbau forcieren und ihn als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begreifen. Wir fordern, dass ein flächendeckender Breitband-Zugang zum Internet verfügbar ist.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Auch fordern wir den Erhalt der Netzneutralität, denn diese ist derzeit in Gefahr. In den USA und in der Europäischen Union diskutiert man derzeit heftig über den Erhalt der Netzneutralität. Aber was ist mit diesem Begriff gemeint?

Der Begriff Netzneutralität bezeichnet die neutrale Übermittlung von Daten im Internet. Das bedeutet eine gleichberechtigte Übertragung aller Datenpakete, unabhängig davon, woher diese stammen, welchen Inhalt sie haben oder welche Anwendungen die Pakete generiert haben. Kurz und knapp, es ist das Internet so wie wir es heute kennen.

Aber dieses Prinzip wird durch Telekommunikationsunternehmen wie Google oder Verizon infrage gestellt. Sie wollen, dass ihre eigenen Datendienste Vorrang im Netz bekommen, also z.B. schneller übertragen werden, und dafür sollen die Dienstanbieter, wie Google, an die Provider ein bestimmtes Entgelt leisten.

Es würde ein Zweiklassen-Internet entstehen und das muss verhindert werden. Deswegen treten wir dafür ein, dass die Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben wird. Welche Daten wann verschickt werden, darf nicht von der Finanzkraft einzelner kommerzieller Anbieter abhängen. Die Datenpakete müssen auch zukünftig neutral und gleichberechtigt, unabhängig vom Inhalt und Urheber, über die Datenleitungen transportiert werden. Dieser Grundsatz muss generell gelten, also auch für mobile Netzwerke.

Neben dem technischen Angebot muss auch dessen Nutzung in den Blick genommen werden. Daher ist es dringend nötig, Kindern und Jugendlichen die Kompetenz zu vermitteln, selbst entscheiden zu können, welche Inhalte gut für sie sind. Wir lehnen es ab, mit Mitteln für klassische Massenmedien Webinhalte zu bewerten. Daraus ergibt sich folgerichtig, dass wir Jusos unter anderem die Altersklassifizierung von Webinhalten, ablehnen. Statt dieser Restriktionen muss die Medienpädagogik verbessert werden, indem Lehrerinnen, Lehrer und Eltern in der Vermittlung von Medienkompetenz besser vorbereitet werden.

Datenschutz

Die Datenschutzskandale bei der Telekom und weiteren Unternehmen haben deutlich gemacht, dass mit den Daten der Kunden, aber auch mit denen der eigenen Mitarbeiter, sorglos umgegangen wird oder diese sogar missbraucht werden.

Deshalb müssen die gesetzlichen Regelungen für den Datenschutz ausgebaut und die Kontrolle der Einhaltung des Datenschutzes verbessert werden. Die Kompetenzen der Datenschutzbeauftragten der Länder und des Bundes müssen in diesem Rahmen erweitert werden. Unternehmen die z.B. im Internethandel aktiv sind sollen mit einem bundesweiten verbindlichen Gütesiegel ausgezeichnet werden und sich einer regelmäßigen Zertifizierung durch die Datenschutzämter unterziehen müssen.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Aber nicht nur im Internethandel muss der Datenschutz sichergestellt sein, sondern auch in der Arbeitswelt. Die Arbeitnehmer müssen vor Missbrauch der Daten durch ihre Arbeitgeber geschützt werden. Dies umfasst auch die Überwachung der Mitarbeiter per Videoüberwachung. Das Ausspionieren von Arbeitnehmern durch Detekteien (Datenabgleich, Observierung) und die Durchführung von DNA-Test/Bluttest im Rahmen von Einstellungsverfahren sollen per Gesetz verboten werden.

Open Data

Politische Mitbestimmung gehört zu den Zielen der Sozialdemokratie. Doch um politische Partizipation zu ermöglichen, ist es notwendig, dass nicht-personenbezogene Informationen allen Bürgerinnen und Bürgern frei zur Verfügung stehen. Deshalb unterstützen die Jusos Minden-Lübbecke die Opendata-Strategie.

Internationales

Die Besonderheit der deutschen Außenpolitik leitet sich aus der Geschichte ab. Die historischen Verbrechen der deutschen Außenpolitik geben der deutschen Außenpolitik des 21. Jahrhunderts eine besondere Verantwortung. Im Besonderen die Verantwortung dafür, dass sich der Holocaust nie wiederholt, die Verantwortung dafür, dass jeder Mensch, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder Gesinnung, eine unantastbare Würde besitzt und die Verantwortung dafür, dass jeder Mensch das Recht auf Selbstverwirklichung hat. Die Grundvoraussetzung für diese Rechte ist Frieden. Krieg ist niemals eine Alternative.

Deutschland trägt die größte Mitschuld am 1. und die alleinige Schuld am 2. Weltkrieg, deshalb gehört auch eine friedliche Außenpolitik zu der historischen Verantwortung.

Der Arbeitskreis Menschenrechte und Internationales der Jusos Minden-Lübbecke wird weiter an einer eigenen Definition von „sozialdemokratischer Außenpolitik“ arbeiten und aktuelle Themen anhand dieser Definition untersuchen.

Internationale Zusammenarbeit

Für die Jusos ist die internationale Zusammenarbeit ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Wir sehen uns als internationalistischen Verband in der Tradition des Aufrufes „Proletarier aller Länder vereinigt euch“. Dieser Bereich soll nun auch bei den Jusos Minden-Lübbecke stärker in den Fokus rücken. Dazu wollen wir internationale Partnerschaften mit Mitgliedsorganisationen der ECOSY und IUSY aufbauen. Ziel ist es einen engeren Austausch beispielsweise durch regelmäßige gegenseitige Besuche der Partnerorganisationen zu pflegen. Dazu sollen die Jugendprogramme der Bundesregierung, der Jusos und des Willy-Brand-Zentrums in Jerusalem genutzt werden.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Europa

Europa hat sich im vergangenen Jahrhundert weit entwickelt. Waren unsere Nachbarn, wie Frankreich, Großbritannien oder Polen vor 70 Jahren noch erbitterte Todfeinde für unsere Vorfahren, so leben wir heute gemeinsam in der Europäischen Union. Wir sehen die EU deshalb als große Chance für ein friedliches Zusammenleben in Europa.

Globalisierung und Entwicklung

Über eine Milliarden Menschen auf der ganzen Welt hungern, das bedeutet etwa jeder siebente Mensch. Jedes Jahr sterben etwa 8,8 Millionen Menschen, hauptsächlich Kinder, am Hunger. Das entspricht einem Todesfall alle 3 Sekunden. Als wohlhabende Minderheit des Planeten sind wir in der Verantwortung.

Die Idee, dass der Überschuss, den wir an Nahrung produzieren, die dritte Welt ernähren soll, ist falsch. Mit dem Export von Nahrungsmitteln zu Dumpinglöhnen zerstören wir die heimischen Wirtschaften der Entwicklungsländer.

Sicherheit und Afghanistan

Es darf in der deutschen Außenpolitik keinen Widerspruch zwischen Ideologie und Interessen geben. Langfristige und nachhaltige Sicherheit kann nur durch einen fairen Interessenausgleich erfolgen.

Auslandseinsätzen der Bundeswehr stehen wir kritisch gegenüber. Wir wollen, dass sich die Bundeswehr so schnell wie möglich aus Afghanistan zurückzieht. Dabei darf allerdings die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung nicht noch mehr gefährdet werden. Ein sofortiger Abzug ist daher nicht sinnvoll. Wir fordern aber klare Bedingungen für einen weiteren Einsatz der Bundeswehr:

- Ganz klar muss der Fokus auf dem zivilen Aufbau liegen! Der zivile und entwicklungspolitische Aufbau darf militärischen Zielen nicht untergeordnet werden!
- Dabei muss ziviles und militärisches Engagement strikt voneinander getrennt sein! Nur so erreicht man das Vertrauen der Bevölkerung
- Einstellung jeglicher militärischer Offensiven!
- Partizipation der afghanischen Bevölkerung muss weiter vorangetrieben werden
- Förderung der Rechte der Frauen ist eine zentrale Aufgabe um das Land zu stabilisieren

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Nahostkonflikt

Für uns von besonderer Bedeutung ist der Nahostkonflikt in Israel und Palästina. Aus unserer Sicht kann ein Frieden nur über eine Zwei-Staaten-Lösung erfolgen. Wir wollen uns keiner der beiden Seiten dabei anschließen, sondern erklären uns nach dem Prinzip der „doppelten Solidarität“ zu beiden Seiten solidarisch. Wir erkennen die gute Arbeit, die das Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem leistet, an. Wir wollen uns stetig über den Verlauf des Konfliktes informieren und das Willy-Brandt-Zentrum in seiner Arbeit unterstützen.

Organisatorische Schwerpunkte:

Mitarbeit der Mühlenkreis-Jusos im Regional-, Landes- und Bundesverband

Wir Jusos Minden-Lübbecke, wollen in den nächsten Jahren noch aktiver an der Arbeit des Landesverbandes der NRWJusos teilnehmen und uns an der Willensbildung innerhalb des Verbandes stärker beteiligen.

Die Landeskonferenzen und Landesausschüsse bieten uns die Möglichkeit in Diskussionen Akzente zu setzen und eigene Themen zu etablieren. Wir werden uns verstärkt mit Anträgen und Diskussionsbeiträgen in die Arbeit der NRWJusos einbringen und damit auch in den Bundesverband.

Die Mitarbeit im Regionalverband der JusosOWL wollen wir auch noch verstärken. Dabei beteiligen wir uns an der inhaltlichen Arbeit in den Arbeitskreisen der JusosOWL und werden uns auch zukünftig mit Anträgen und Diskussionsbeiträgen in die Arbeit der JusosOWL einbringen.

Ziel ist es weiterhin, Veranstaltungen des Regionalverbandes in den Kreis Minden-Lübbecke zu holen. (Mit dem Neumitgliederseminar 2010 und dem Tagesseminar zum Thema „Nahost“ ist uns dieses bereits gelungen) Über unsere Regionalvorstandsmitglieder haben wir die Möglichkeit, uns mit eigenen Themen einzubringen und in der Diskussion innerhalb des Verbandes eigene Akzente zu setzen.

Mitarbeit der Jusos in den Gremien der SPD Minden-Lübbecke

Mit ihren Anträgen zur Unterbezirkskonferenzen der SPD Minden-Lübbecke haben sich die Jusos Minden-Lübbecke bereits aktiv in die Arbeit der Mühlenkreis-SPD eingebracht.

Wir werden uns auch zukünftig mit Juso-Vertretern in die Arbeit der Gremien der Partei einbringen und mit Anträgen an die jeweiligen Gremien Impulse für deren

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Arbeit zu geben. Die in unserem Kommunalwahlprogramm gesetzten Ziele wollen wir durch Anträge und Anfragen auf die Themenagenda der politischen Gremien setzen.

Um unsere Ideen in die kommunale Politik einbringen zu können, ist es für uns auch wichtig, Jusos in kommunale Parlamente wählen zu lassen. Wir wollen unsere Mitglieder auf die Arbeit in kommunalen Parlamenten vorbereiten.

Ansprechbar und Sitzungen des UBV

Unser Juso-Stammtisch „AnsprechBar“ wird fortgeführt und die Sitzungen des Unterbezirksvorstandes werden gegebenenfalls im Vorfeld der „AnsprechBar“ stattfinden. Auch das Rotationsprinzip bei den Veranstaltungs- bzw. Tagungsorten wird beibehalten.

Engere Zusammenarbeit mit Unterbezirken aus anderen LV

Die Jusos Minden-Lübbecke hatten großen Anteil am Aufbau von Juso-Strukturen im Schaumburger Raum, leider ist die Zusammenarbeit mit den Jusos in Schaumburg nicht fortgesetzt worden. Dies soll sich in den kommenden zwei Jahren ändern. Da der Kreis Minden-Lübbecke an das Land Niedersachsen angrenzt, wollen wir als Bindeglied zwischen den Landesverband NRW und Niedersachsen dienen. Als erster Schritt soll enger mit den Jusos aus dem Kreis Schaumburg zusammengearbeitet werden. Auch gibt es Kontakte zu den Jusos aus der Region Braunschweig, diese sollten als Multiplikator genutzt werden, um enger zusammenzuarbeiten.

Zusammenarbeit mit Juso-Arbeitsgemeinschaften in den Partnerstädten der Städte und Gemeinden im Mühlenkreis

Die Städte und Gemeinden im Kreis Minden-Lübbecke haben Partnerstädte- bzw. Gemeinden in Ostdeutschland. Gerade in Berlin haben wir viele Partnerbezirke. Bereits im letzten Berlin-Wahlkampf hat man Kontakte mit den Jusos Schöneberg-Tempelhof knüpfen können. Diese wollen wir weiter ausbauen und neue Kontakte für einen Austausch knüpfen.

Politik-Dialog

Mit dem „Politik-Dialog“ konnten wir eine Gesprächsreihe mit unserer Landtagsabgeordneten Inge Howe zu aktuellen landespolitischen Themen einrichten. Diese wollen wir zukünftig fortführen. Aber auch bundespolitische Themen wollen wir näher betrachten. Deshalb soll es zukünftig einen regelmäßigen „bundespolitischen Dialog“ mit Stefan Schwarze geben.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



In Zukunft wollen wir auch einen „Politik-Dialog“ mit unserem Landrat Dr. Ralf Niermann führen. Deshalb wollen wir an die letzten beiden Besuche im Kreishaus anschließen und daraus eine regelmäßige Dialogreihe mit dem Landrat machen.

Wissensvermittlung mit Seminaren

In der täglichen Juso- und Parteiarbeit braucht man ein breites Wissen zu vielen Themenbereichen. Deshalb wollen wir den Mitgliedern mit einem breiten Seminarangebot (als Koopseminar mit dem Juso-Landesverband) Techniken und Informationen für deren aktive Mitarbeit an die Hand geben.

Dazu wollen wir Seminare zu folgenden Themen in den nächsten Jahren anbieten:

- Neumitglieder-, Grundlagen-, und Methodenseminare (Argumentation & Moderation)
- Projektmanagement in der Parteiarbeit/Web 2.0 & Internet/Rhetorik

Arbeitskreise

Die inhaltlichen Erarbeitungen sollen aus den Arbeitskreisen kommen. Wir wollen die bestehenden Arbeitskreise bedarfsorientiert neu ordnen.

Wir wollen uns mit neuen politischen Themen und gesellschaftlichen Problemen beschäftigen. Dieses ist nur möglich, wenn man die Problematik bzw. die Thematik gut kennt. Zudem wollen wir das auch über Expertinnen- und Expertenvorträge von Juso-Mitgliedern, SPD-Mitgliedern oder externen Referentinnen und Referenten erreichen.

Das Treffen aller Arbeitskreise an einem Tag hat sich als effektiv erwiesen. Der „Tag der Arbeitskreise“ wird fortgeführt und soll monatlich stattfinden. Die Arbeitskreise für alle interessierten SPD-Mitglieder über 35 offen sein.

Das Thema „Rechtsextremismus“ ist ein dauerhaftes Thema. Wir haben uns entschieden, es in einer Projektgruppe zu behandeln um damit flexibler auf Entwicklungen zu reagieren und auch die Arbeit im Rahmen der „Doppelstrategie 2.0“ offener zu gestalten.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Öffentlichkeitsarbeit ausbauen

Wir werden unsere Juso-Internetseite www.jusos-mi-lk.de weiterhin dafür benutzen, um über unsere Aktionen zu berichten und unsere politischen Ideen und Vorstellungen darzustellen und in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Das Webangebot soll in der nächsten Zeit weiter ausgebaut werden und mehr Möglichkeiten der Kommunikation bieten. Auch soll das Webangebot zur Mitgliederwerbung eingesetzt werden.

Die erfolgreiche Pressearbeit der letzten Jahre wird auch zukünftig so fortgeführt und noch weiter ausgebaut, unter anderem mit regelmäßigen Berichten über Aktionen der Jusos.

Zukünftig wollen wir mit regelmäßigen Interaktionsständen für uns und unsere Ziele zu den Themenbereichen „Bildung“, „Rechtsextremismus“ und „Arbeit und Ausbildung“ werben. Mit dem Projekt „10“ wollen wir in den nächsten beiden Jahren zehn öffentlichkeitswirksame Aktionen durchführen. Dazu wird eine Projektgruppe eingerichtet, die ein Konzept erarbeitet, die Aktionen plant und zusammen mit den Jusos vor Ort durchführt.

Menschen für uns gewinnen – Juso Mitgliederkampagne

Die Jusos Minden-Lübbecke haben mit „Links, rot und feurig“ eine Neumitgliederkampagne entwickelt. Diese soll in den kommenden 2 Jahren zusammen mit dem SPD-Unterbezirk und den Stadt- und Gemeindeverbänden umgesetzt werden. Ziel ist es, für uns und unsere Inhalte bei jungen Menschen zu werben. Die Kampagne soll in die Arbeit der Projektgruppe Mitgliederwerbung des SPD-Unterbezirks eingebracht werden. Dazu bringen wir uns aktiv in die Arbeit der Projektgruppe ein.

Frauen-Mentoringprogramm

Die Gleichstellung der Geschlechter ist gesetzlich verankert. Doch das bedeutet leider keinesfalls, dass sich dieses auch in den Lebensbereichen widerspiegelt - im Gegenteil. Auch in der SPD und bei den Jusos sind Frauen weiterhin absolut unterrepräsentiert und diesem langläufig bekannten Problem wird auch nicht angemessen begegnet.

Wir wollen uns Strategien überlegen, wie wir als Jusos Minden-Lübbecke für junge Frauen wieder attraktiver werden. Dies soll auch in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (kurz AsF) geschehen.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



"Netzwerk 35+"

Mit dem "Netzwerk 35+" soll eine Arbeitsplattform für junge Mitglieder der Partei geschaffen werden, um sich aktiv in die Partei einzubringen. Nach Vollendung des 35. Lebensjahres bleibt ihnen oft nur der Ortsverein als Arbeitsplattform. Dort liegt allerdings oft die Ursache für Passivität junger Mitglieder. Die Ortsvereine sind überaltert, oft mangelt es an regelmäßigen Sitzungen und inhaltlicher Arbeit. Dieses schreckt einfach ab und führt zur Passivität.

Das "Netzwerk 35+" auf Unterbezirksebene soll durch lokale Netzwerke ergänzt werden, in denen junge Parteimitglieder lokale Themen bearbeiten und Projekte anstoßen. Die Einbringung von Anträgen bei Konferenzen erfolgt über die Jusos, da diese Antrags- und Rederecht besitzen. Deshalb ist das "Netzwerk 35" organisatorisch bei den Jusos Minden-Lübbecke angesiedelt.

Innenparteilicher Dialog mit regelmäßigen Diskussionsrunden fördern

Die Jusos wollen nun regelmäßig Diskussionsveranstaltungen zu vielseitigen Themen durchführen und alle SPD-Mitglieder aus Minden-Lübbecke dazu einladen, um damit den innerparteilichen Dialog zu fördern.

Wie ticken die anderen?

In den nächsten 2 Jahren wollen wir Diskussionsveranstaltungen zusammen mit den Jugendclubs im Kreis veranstalten, zu denen wir interessierte Jugendliche in die Jugendclubs einladen, um mit ihnen und interessanten Gästen zum jeweiligen Thema zu diskutieren. Wir wollen damit den Jugendlichen ein Forum geben, um sich einzubringen.

Lokale Doppelstrategie 2.0

Wir Jusos Minden-Lübbecke verstehen uns als Teil der gesellschaftlichen Linken. Im Sinne der Doppelstrategie 2.0 wirken wir nicht nur aktiv in die SPD hinein, sondern arbeiten verstärkt mit außerparteilichen BündnispartnerInnen zusammen, wenn es darum geht, sozial fortschrittliche Bewegungen in der Gesellschaft zu unterstützen.

In den vergangenen Jahren rückte die Doppelstrategie wieder stärker in den Fokus der Arbeit der Jusos Minden-Lübbecke. So sind auch wir in zahlreichen Bündnissen aktiv und engagieren uns in der außerparlamentarischen Bewegung und wollen dieses noch ausweiten:

Im Bereich der „Umweltpolitik“ und „Bildung“ arbeiten wir im „Anti-Atombündnis Minden“ und im „Bündnis für gerechte Bildung Minden“ mit.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Im Bereich der antifaschistischen Arbeit wollen wir die Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern des „Aktionsbündnisses Minden gegen Nazis“ intensivieren und das kreisweite „Bündnis gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ vorantreiben.

Im Bereich „Integrationspolitik“ wollen wir mit Ausländervertretungen, Ausländerbeiräten und Gruppen der Integrationsarbeit zusammenarbeiten, um die Situation der Menschen mit Migrationshintergrund im Kreis zu verbessern.

Wir wollen uns zukünftig auch enger mit der sozialistischen Arbeiterjugend „Die Falken“ verknüpfen, um gemeinsame Projekte für Jugendliche und Kinder auf den Weg zu bringen.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Jugendorganisationen soll in den nächsten Jahren verstärkt werden, dazu wollen wir regelmäßige Treffen mit den Vorständen aller im Mühlenkreis aktiven Jugendorganisationen durchführen.

Auch soll der „Ring politischer Jugend“, kurz RPJ, vorangetrieben werden, um mit gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen die Jugend für Politik und gesellschaftliches Engagement zu begeistern.

Die Jusos bleiben in erster Linie ein politischer Verband, der versucht in der Partei und den Parlamenten zu wirken. Der Druck für eine sozial gerechte und fortschrittliche Politik muss allerdings auch von außen kommen. Die Parteien allein haben zum Einen nicht die Kraft, um dieses zu bewerkstelligen. Zum Anderen fehlt ihnen, zumindest teilweise, das in der Bevölkerung vorhandene Wissen über die realen Probleme des Alltags. Mit der Doppelstrategie erkennen wir diesen Umstand an. Die Zusammenarbeit mit unseren BündnispartnerInnen ist mitunter der Input, den wir für unsere politische Arbeit benötigen. Alles andere führt dazu, dass wir langfristig im eigenen Saft schmoren. Hiervon hat niemand etwas - weder die Parteien, noch die Bewegung auf der Straße.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Ehrenmitgliedschaft bei den Jusos Minden-Lübbecke

Die Satzung der Jusos Minden-Lübbecke wird um folgenden Passus ergänzt:

§ 10 Ehrenmitgliedschaften bei den Jusos Minden-Lübbecke

Zu Ehrenmitgliedern können verdiente SPD-Mitglieder/verdiente (ehem.) Juso-Mitglieder ernannt werden, die Ziele und die Arbeit der Jusos Minden-Lübbecke im besonderen Maße und nachhaltig gefördert haben. Über die Vergabe der Ehrenmitgliedschaft entscheidet der Juso-Unterbezirksvorstand.

Die Ehrenmitglieder haben auf Konferenzen Rederecht und können beratend an der Antragsarbeit der Jusos Minden-Lübbecke teilnehmen. Sie können sich auch aktiv an der Juso-Arbeit beteiligen.



Änderung der Einberufung der Sitzungen des UBA

Folgende Neufassung des §9 „Unterbezirksausschuss“ wird in die Satzung aufgenommen:

Der Unterbezirksausschuss besteht aus je zwei Vertretern aus jeder Juso AG im Unterbezirk Minden Lübbecke, je einem Vertreter der im Unterbezirk bestehenden Arbeitskreise/Projektgruppen, sowie mit beratender Stimme dem Unterbezirksvorstand, mit beratende Stimme ist jedem Juso die Teilnahme erlaubt

Der Unterbezirksausschuss dient als Informations- und Koordinierungsorgan der örtlichen Arbeitsgemeinschaften auf der Ebene des Unterbezirks, insbesondere bei der Planung und Durchführung gemeinsamer Arbeitsvorhaben.

Die Sitzungen des Unterbezirksausschusses sind grundsätzlich für Mitglieder öffentlich. Der Unterbezirksausschuss kann bei Bedarf Nichtöffentlichkeit herstellen

Der Unterbezirksausschuss wählt zwei Kassenprüfer für zwei Jahre, die die Finanzen des Unterbezirksvorstandes jährlich überprüfen. Die Kassenprüfer sind auf der konstituierenden Ausschusssitzung zu wählen.

Weitere Aufgaben des Unterbezirksausschusses sind:

Die politische Information der Mitglieder
Die Beschlussfassung über Anträge

Einberufung und Beschlussfähigkeit:

Der Unterbezirksvorstand oder/und die leitende AG können in Absprache miteinander, bei Bedarf eine UB Ausschuss-Sitzung schriftlich, mindestens 14 Tage vor der Sitzung einberufen. Der UBV und der UBA können Themen für die Sitzung auf die Tagesordnung setzen.

Jede ordentlich einberufene UB Ausschusssitzung ist beschlussfähig, wenn die Vertreter der AGen insgesamt quotiert sind, also mindestens zu 40 Prozent auf Frauen bestehen.

Im Rotationsprinzip wird jede AG die Organisation und die Leitung der Sitzung des Unterbezirksausschuss übernehmen. Die Schriftführerrolle übernimmt eine andere AG, ebenfalls im Rotationsprinzip.

Jede AG kann ihre beiden Vertreter sowie auch Stellvertreter in offener Wahl bei ihren AG Sitzungen wählen, dadurch sind sie für ein Jahr, die Kassenprüfer für zwei Jahre gebunden. Eine Nachwahl kann nur aus triftigem Grund erfolgen. Die Kassenprüfer sind auf der konstituierenden Ausschusssitzung zu wählen.

Die Wahl hat bis zu 4 Wochen nach der Unterbezirkskonferenz zu erfolgen, so dass jeweils eine Neukonstituierung des UBA durchgeführt werden kann.



Zur Weiterleitung an die SPD-Kreistagsfraktion

OpenSource – Eine Chance für die Kommunalverwaltungen

Die SPD-Kreistagsfraktion wird beauftragt folgenden Antrag in den Kreistag einzubringen:

Die SPD-Fraktion beantragt, im Kreistag des Kreises Minden-Lübbecke folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Sachstandsbericht zum Einsatz von Open Source Software beim Kreis zu erarbeiten. Weiterhin soll ein (teilweiser) Umstieg von kommerzieller auf Open Source Software hinsichtlich entstehender und zu vermeidender Kosten überprüft werden.

Hierbei ist insbesondere zu untersuchen, ob bestehende Büroanwendungen ersetzt werden können, ohne langfristige Einschränkungen im Arbeitsablauf zu verursachen. Fachsysteme, die nicht migrierbar sind, sollen hinsichtlich der Emulation benötigter Schnittstellen oder der Nutzung von Terminalserverdiensten getestet werden. Falls langfristig Einsparungen zu realisieren sind, soll ein Konzept zur Umstellung auf OpenSource-Software erarbeitet und dem Kreistag vorgelegt werden. Dabei soll auf die Erfahrungen der Stadt München zurückgegriffen werden.

Begründung:

Aufgrund der angespannten Haushaltslage des Kreises Minden-Lübbecke ist es erforderlich, vorhandenes Einsparpotenzial zu nutzen. Insbesondere die Vermeidung von Softwarelizenzkosten kann hierzu einen Beitrag leisten, ohne das Leistungsangebot des Kreises einzuschränken. Über den Kostenaspekt hinaus, hat ein möglicher Umstieg auf Open Source Produkte den Vorteil, dass der Kreis von einzelnen Unternehmen unabhängiger wird und ggf. Erweiterungen oder Anpassungen der Software eigenständig vorgenommen werden könnten.

Zahlreiche Städte wie z.B. München oder Parlamentsverwaltungen wie die Französische Nationalversammlung oder der Deutsche Bundestag haben den Umstieg auf Open Source Software bereits durchgeführt. Die bayerische Landeshauptstadt München hat sich auch das Ziel gesetzt Dritte von ihren Erfahrungen profitieren zu lassen. Für den öffentlichen Bereich wird dazu die entwickelte Software ebenso zur Verfügung gestellt wie detaillierte Migrationsberichte.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Quellen:

Machbarkeitsstudie zur Migration der Stadt München:

http://www.muenchen.info/pia/clientstudie_kurz.pdf

Linux- und Wolmux-Projekt der Stadt München:

<http://www.muenchen.de/limux> <http://www.wollmux.net/wiki/Hauptseite>

Vorreiter der Migration auf Open Source Systeme:

http://de.wikipedia.org/wiki/Linux_in_%C3%B6ffentlichen_Einrichtungen

Eine betriebswirtschaftliche Betrachtung der Migration: http://de.wikibooks.org/wiki/Open-Source_im_Unternehmen:_Betriebswirtschaftliche_Betrachtung_von_Open-Source-Software



Zur Weiterleitung an die SPD-Kreistagsfraktion

Mehr Transparenz und offene Daten in der Minden-Lübbecker Kreisverwaltung

Die SPD-Kreistagsfraktion wird aufgefordert eine OpenData-Initiative zu starten, um zu erreichen dass die Kreisverwaltung Minden-Lübbecke im Rahmen eines „OpenData-Projektes“ alle erfassten, nicht-personenbezogenen Daten kosten-, barriere- und lizenzfrei sowie maschinenlesbar über einen freizugänglichen Bereich auf der Webseite des Kreises Minden-Lübbecke zur Verfügung stellt. Auch die kreiseigenen Gesellschaften/Töchter (MKB etc.) sollen sich am Projekt beteiligen. Dabei sind die acht bzw. zehn Regeln für „Open Data“ zu beherzigen.

Begründung:

Politische Mitbestimmung gehört zu den Zielen der Sozialdemokratie. Doch um politische Partizipation zu ermöglichen, ist es notwendig, dass Informationen allen Bürgerinnen und Bürgern frei zur Verfügung stehen. Die vielen neuen Möglichkeiten im Internet machen den Weg frei für die unkomplizierte Verbreitung von Informationen.

Die Kreisverwaltung sollte den Vorbild London [1] folgen und auch ihre nicht-personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen. Denn die Daten gehören uns alle und nicht der Stadtverwaltung und deren Töchter alleine!

Die Daten, die sowieso schon an verschiedenen Stellen innerhalb der Kreisverwaltung erfasst werden, können zentral verfügbar gemacht werden. Egal ob statistische Erhebungen über die Bevölkerung, Wahlergebnisse, Topographien- und Verkehrsdaten, dem Haushalt oder die Daten über die Anzahl von Angestellten in den einzelnen Abteilungen und Ämtern des Kreises Minden-Lübbecke - dies sind alles Informationen, auf die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Zugriff haben sollten. Mit diesen Informationen können ganz neue Informationsangebote entstehen, die uns allen nutzen.

[1] <http://data.london.gov.uk/>



Acht Regeln für Open Data [2]:

- ❖ **Vollständigkeit** - alle öffentlichen Daten sind verfügbar. Öffentliche Daten sind alle Daten, die nicht spezifischen Datenschutz- oder Datensicherheitsanforderungen unterliegen
- ❖ **Primärdaten** - Daten sind in höchster Granularität verfügbar - auf dem Level, auf dem sie erhoben werden, nicht verändert und nicht aggregiert
- ❖ **Zeitnah** - Daten sind so schnell wie nötig verfügbar, um ihren Nutzen zu realisieren
- ❖ **Zugänglich** - Daten sind breitestmöglichen Nutzern verfügbar für breitestmögliche Zwecke
- ❖ **Maschinenlesbar** - Daten sind strukturiert, dass sie maschinell verarbeitet werden können
- ❖ **Diskriminierungsfrei** - Daten sind zugänglich für jeden, ohne Registrierung
- ❖ **nicht-proprietär** - Daten sind in verschiedenen Formaten verfügbar
- ❖ **Lizenzfrei** - die Daten unterliegen keinem Copyright, keinem Patent- oder Markenschutzrecht

Die Ergänzungen der Sunlight-Foundation [3] zu Open Data sollten dabei auch berücksichtigt werden

- ❖ **Beständigkeit:** Informationen, die von staatlichen Stellen veröffentlicht werden, sollen dauerhaft verfügbar und mit entsprechender Versions-Verwaltung und Archivierung versehen sein.
- ❖ **Kosten:** Die Daten sollten möglichst kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, um die Zahl derer, die diese Daten nutzen können oder wollen nicht unnötig zu verknappten. (Regierungsdaten werden meist zu staatlichen Zwecken erhoben, egal ob die Nutzer für diese Daten bezahlen oder nicht. Hinzu kommt, dass die Bürger die Erhebung dieser Daten über Steuern bereits mitfinanziert haben und die Nutzung dieser Daten ggf. neue Geschäftsmodelle hervorbringen kann)

Dabei ist der Weg das Ziel. Es müssen nicht erst alle Daten gesammelt werden, um diese im Paket zu veröffentlichen. Es reicht, dies schrittweise zu vollziehen. Fangen wir an!

[2] http://resource.org/8_principles.html

[3] <http://sunlightfoundation.com/policy/documents/ten-open-data-principles/>



Zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

Abschaffung des "Optionszwangs"

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die Abschaffung des sogenannten Optionszwangs bei doppelter Staatsbürgerschaft einzusetzen.

Begründung:

Der seit der Staatsbürgerschaftsreform herrschende Optionszwang stellt in Deutschland geborene dauerhaft lebende junge Menschen mit Eltern aus Nicht-EU-Staaten zwischen 18 - 23 Jahren vor die Wahl einer ihrer Staatsangehörigkeiten – Entweder die Deutsche oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern.

Fällt diese zu Gunsten des ausländischen Passes, erfolgt die Ausbürgerung aus Deutschland, trotz erfolgter Integration in die Gesellschaft.

Im Bewusstsein möglicherweise auftretender Komplikationen, wie zum Beispiel des mehrfachen Wahlrechtes etc. spricht sich die SPD Minden-Lübbecke dafür aus, die doppelt Staatsbürgerschaft für alle wieder möglich zu machen, um unserem Bild einer modernen und integrativen Gesellschaft gerecht zu werden.

In den kommenden Jahren werden Zehntausende von jungen Menschen, die in Deutschland geboren, als Deutsche aufgewachsen sind und hier arbeiten, wählen und leben, von Amts wegen aufgefordert, sich für eine ihrer Staatsangehörigkeiten zu entscheiden.

Die jungen Menschen empfinden diesen Vorgang nicht nur als Infragestellung ihrer Staatsangehörigkeit, sondern letztlich ihrer Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



Der bürokratische Aufwand ist enorm, komplizierte Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren sind vorprogrammiert und das integrationspolitische Signal ist fatal: Ihr gehört nicht ganz, nicht auf Dauer und nicht so wie andere dazu, ihr seid Deutsche auf Abruf. Wir wollen und dürfen aber diese jungen Menschen mit ihren zahlreichen Talenten nicht verlieren. Weil sie zu uns gehören. Und wir zu ihnen.

Ein schneller Verzicht auf den Optionszwang würde eine ungerechte 2. Behandlung dieser Jugendlichen beenden und ein negatives integrationspolitisches Signal verhindern. Sie sollten ebenso wie jene Jugendlichen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die einen deutschen Elternteil haben, beide Staatsangehörigkeiten dauerhaft behalten können.

Deshalb muss die Optionspflicht abgeschafft werden — und das Geburtsortsrecht bleiben.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschluss



An den SPD-Unterbezirksvorstand
An den SPD-Geschäftsführer Ulrich Pock

Die Juso-Unterbezirkskonferenz hat auf Antrag des Juso-Unterbezirksvorstandes am 26.03.2011 folgenden Beschluss gefasst:

Die Vertretung der Jusos Minden-Lübbecke im erweiterten SPD-Unterbezirksvorstand ist seit dem SPD-Unterbezirksparteitag im Jahr 2010 nicht mehr sichergestellt, da der gewählte Juso-Vertreter an den letzten Sitzungen des SPD-Unterbezirksvorstandes nicht teilgenommen hat.

Damit die Vertretung der Jusos im erweiterten SPD-Unterbezirksvorstand sichergestellt werden kann, schlagen der Juso-Unterbezirksvorstand (Beschluss vom 28.12.2010) und die Juso-Unterbezirkskonferenz dem geschäftsführenden SPD-Unterbezirksvorstand vor **Jens Vogel** als **beratendes Mitglied** in den erweiterten SPD-Unterbezirksvorstand zu kooptieren.

Jusos in der SPD
Minden-Lübbecke

V.I.S.P. Jens Vogel
Lübbecker Str. 202
32429 Minden

fon: 0571/50505-41

fax: 0571/50505-50

mail: info@jusos-mi-lk.de

web: www.jusos-mi-lk.de

Bildnachweis – Titelbild: nrwjusos.de